

SOLIDARITÄT



Organ des Verbandes der gewerkschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 36 • 35. Jahrgang

Berlin, den 7. September 1929

Tempo, Tempo ...!

Unsere heutige Wirtschaftsweise bringt es mit sich, daß Auftraggeber die Erledigung ihrer Bestellung in aller kürzester Zeit wünschen. Bei ruhigem Geschäftsgang kommt der Lieferant dem Wunsche seines Kunden im allgemeinen nach, ohne daß er seinen ausführenden Arbeitskräften ein außergewöhnlich flottes, besser gesagt: übernormales Arbeitstempo zumutet. Zur Zeit der Konjunktur aber versucht er dringenden Bestellungen dadurch gerecht zu werden, indem er die Belegschaft um ein besonders schnelles Arbeitstempo angeht. Wenn nun solche Erwartungen selten das gewünschte Ergebnis zeitigen, so hat sich der Unternehmer die Fruchtlosigkeit seiner Bemühung selbst zuzuschreiben, denn sie ist die Folge des von ihm mißbrauchten Vertrauens. Ist nämlich die Belegschaft (oder Teile einer Belegschaft) auf ein solches Ansuchen eingegangen und ihm nach besten Kräften gerecht geworden, so zeigt die Erfahrung immer und immer wieder, daß der Unternehmer nach beschleunigter Lieferung verläßt, das einmal erfüllte besondere Arbeitstempo als das durchaus normale hinzustellen.

Sie gegen träubt sich selbstverständlich jeder Arbeiter; er kann solche Entstellung auf keinen Fall gutheißen. Er ist im Gegenteil der Auffassung, daß eine derartige Verdrehung eher als falsch gedeutete Auslegung des Wortes „Rationalisierung“ anzusehen ist; denn „wirtschaftlich arbeiten“ heißt ja nicht, das Tempo der Arbeit mit seiner höheren Bezahlung an die Stelle des Stundenlohn-Arbeitstempes zu setzen!

Außerdem neigen Unternehmer sehr dazu, natürliche Reaktionen einfach zu übersehen. Es müßte ihnen doch von vornherein klar sein, daß jemand, der zwei oder drei Stunden unter Anspannung seiner letzten Kräfte gearbeitet hat, dies unmöglich während der ganzen acht Stunden tun kann. Ja, er wird aus einer glatten Naturnotwendigkeit heraus in den nächsten Stunden in einem geringeren als sonst üblichen Tempo arbeiten können. Dem Plus folgt immer das Minus, in diesem Fall also die unter normale Leistung. Im übrigen aber ist es unbedeutende Tatsache, daß ein dauernd auf das äußerste angepannter Körper vor der Zeit arbeitsunfähig wird; Nerven und Muskeln werden krank, wenn sie jahrelang ihr Bestes hergeben müssen; denn das Wort von den „Muskeln wie Stahl“ und „Nerven wie Eisen“ hat ja, wie allgemein bekannt, nur sinnbildliche Bedeutung! Bekannt ist ja auch, daß Unternehmer mit Vorliebe junge, noch unverbrauchte Arbeitskräfte einstellen, Leute über 40 Jahre nimmt man doch nur aus Hilfsweise. Hier, in diesem Falle, sind sie von gerabzue auffallender Ehrlichkeit, denn sie wissen, wie weit sie durch ihr Arbeitstempo den Arbeiter heruntergewirtschaftet haben, und es ist Aufgabe aller Arbeiter, aller Arbeiterverbände und Gewerkschaften, diesem Raubbau Einhalt zu gebieten.

Gibt es nun auch noch in der mittleren und Kleinindustrie vereinzelt Unternehmer, die bei aller Bemühung um die Entwicklung ihres Betriebes nicht ohne alle Humanität der Arbeiterschaft gegenüber treten, so steht doch leider auch andererseits fest, daß man, besonders in der Großindustrie, Arbeitsmethoden mehr zu überbieten sind. Selbstverständlich wehrt sich der Arbeitnehmer gegen ein Arbeitstempo, das ihn innerhalb achttündiger Arbeitszeit so müde macht, wie er es eben bei zehn- oder zwölftündiger Arbeitszeit war! Auf diese Weise wird ja der soziale und kulturelle Vorteil, der aus dem Aachttundentag erwächst, wieder illusorisch gemacht. Das aber darf nicht gesehen; denn die durch den Aachttundentag (bei vernünftiger Arbeitsweise) ermöglichte geistige und körperliche Entwicklung des Arbeiters birgt die Garantie der Entwicklung der Menschheit im allgemeinen in sich!

E. F.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Abendkursen

Von Fritz Friede

Unverkennbar befindet sich das gewerkschaftliche Bildungsweien im letzten Jahre in aufsteigender Entwicklung. Eine Reihe von großen Verbänden veranstalten für ihre Funktionäre in regelmäßigen Turnus zentrale Kurse, die der Ausbildung im Arbeitsrecht, Tarifwesen und in wirtschaftlichen Dingen dienen.

Der Bundesvorstand des ADGB hat ein Bildungsfunktionariat geschaffen und wird in den nächsten Monaten eine eigene Bildungsschule eröffnen, die ebenfalls der Funktionärausbildung dienen und zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden soll.

Daneben bestehen die staatlichen oder die vom Staate unterstützten Anstalten. Für Preußen die Akademie der Arbeit und die beiden Wirtschaftsschulen. Sachsen, Thüringen und eine Reihe anderer Bundesstaaten des Reiches haben ähnliche Einrichtungen zur Ausbildung der Gewerkschaftsfunktionäre geschaffen. Die Zahl der Gewerkschaftler, die auf diese Weise alljährlich für eine Reihe von Wochen bis zu neun Monaten geschult wird, ist sehr groß und hat sicherlich das erste Tausend längst überschritten.

Mit dieser Zahl ist zugleich dargetan, daß die Gewerkschaftsbewegung mit ihren rund 5 Millionen Mitgliedern trotz der zentralen Kurse und Schulen auf einer Zweig der Bildungsarbeit nicht verzichten kann und nicht verzichten will, der seit rund einem Jahrzehnt sich herausgebildet hat. Er umfaßt die Abendkurse und Vorträge der örtlichen Organe des ADGB, oder seiner Verbände. Es gibt keine Ortsgruppe irgendeines Verbandes im Deutschen Reich und kaum einen Ortsausschuß des ADGB, der nicht in jedem Jahre zumindestens eine Anzahl von belehrenden Vorträgen in seinen Versammlungen halten läßt. Immer mehr hat sich dabei herausgebildet, daß nicht nur schlechthin „belehrende“ Themen dafür gewählt werden, sondern daß man sich dabei in der Hauptfrage auf solche Vorträge beschränkt, die für die praktische Tätigkeit der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung auf sozialpolitischem, wirtschaftlichem Gebiete von Wichtigkeit sind. Diese örtliche Bildungsarbeit innerhalb des ADGB ist bisher zahlenmäßig nicht erfaßt worden. Sie wird besonders in den letzten Jahren stark gefördert und unterstützt durch die Bezirksausschüsse und Bezirkssekretäre des Bundes, die vom Vorstand zu diesem Zwecke jährlich eine bestimmte, gar nicht zu knapp bemessene Geldsumme zur Verfügung gestellt bekommen. Dadurch sind die kleinen Gewerkschaftsorte besser als früher in die Lage versetzt, gewerkschaftliche Bildungsarbeit im modernen Sinne zu treiben. Die großen Ortsausschüsse, besonders die der ausgesprochenen Großstädte, begannen schon um die Jahre 1919/1920 herum, zum Teil unterbrochen in der Inflation, seitdem aber wieder kräftig auslebend, eigene, zum Teil ganz systematisch aufgebauete Gewerkschaftsschulen zu schaffen.

In Hamburg veranstaltet der Ortsausschuß regelmäßig nach einem bestimmten Plan gegliederte Lehrgänge für Betriebsräte, Köln hat sein Gewerkschafts-seminar, München sein Arbeiterbildungsartel, Leipzig das weitbekannte WB. usw. In Berlin besteht seit 1919 die Berliner Gewerkschaftsschule, die vom Ortsausschuß des ADGB und vom Ortsartel Berlin des ADGB-Bundes gemeinsam unterhalten wird. Ohne Berlin besonders hervorzuheben, darf man sagen, daß diese Schule unter den neueren Arbeiterbildungsanstalten nicht nur die älteste ist, sondern auch den geschlossenen Lehrplan herausentwickelt hat. Dieser Plan gliedert sich in drei Stufen. Die Unterstufe umfaßt im allgemeinen Einführungskurse zur Orientierung der Hörer über ihren Bildungsplan. Die Mittelstufe gliedert sich in bestimmte Arbeitsgebiete, Volkswirtschaft, Betriebslehre, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Ge-

werkschaftswesen. Auf jedem dieser Lehrgebiete wird in jedem Jahre je eine Arbeitsgruppe für Anfänger und eine Arbeitsgruppe für Fortgeschrittene durchgeführt. Es wird dabei darauf geachtet, daß die Hörer möglichst nur eine solche Arbeitsgruppe belegen, weil sie der praktischen Funktionärität in den Verbänden nicht entfremdet werden sollen, und weil man es für zweckmäßig hält, die Kursteilnehmer zu veranlassen, lieber ein Lehrgebiet gründlich zu bearbeiten, als auf verschiedenen Gebieten hier und da halbe Weisheiten aufzuschöpfen. Die Anfängergruppe läuft von Oktober bis Juni und umfaßt dabei rund 40 Abende. Daran schließt sich ab Oktober die Fortschrittgruppe, die wieder bis Juni nächsten Jahres läuft. Jeder ordentliche Lehrgang dieser Mittelstufe umfaßt also rund zwei Arbeitsjahre mit rund 80 Unterrichtsabenden. Eine Auslese der Hörer dieser Gruppen kann nach Abschluß der Mittelstufe in die Seminare übergehen. In diese Seminarkurse werden allerdings auch Hörer aufgenommen, die ihre Vorbildung an anderen Bildungsinstituten oder sonst irgendwie erworben haben. Die Dauer des Seminarbesuches ist verschieden, mindestens aber beträgt sie ein Jahr, in den meisten Fällen weitere zwei Jahre.

Diese Abendveranstaltungen und Abendkurse werden selbstverständlich an gewissen Mängeln. Sie werden nur von Hörern besucht, deren Lernfähigkeit bereits durch den acht- oder neuntündigen Arbeitstag in einem gewissen Maße abgehorbt ist. Das bringt natürlich eine gewisse Erschwerung des Unterrichts mit sich. Andere Mängel ergeben sich daraus, daß fast alle Hörer ihre Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung beibehalten und dadurch gelegentlich an der Wahrnehmung des einen oder anderen Abends gehindert werden. Störungen dieser Art treten bei den sich auf wenige Wochen beschränkten zentralen Kursen der Verbände und bei den staatlichen Anstalten nicht auf, weil da die Schüler während der Kursdauer aus der Berufsarbeit herausgenommen werden und sich völlig auf die geistige Arbeit konzentrieren können. Ausgeglichen werden können die den Abendkursen anhaftenden Mängel durch besonders sorgfältigen Aufbau des Lehrplans, durch stärkere Konzentration auf das für die praktische Tätigkeit notwendige Wissen und besondere pädagogische Geschicklichkeit der Lehrkräfte. Die örtliche Bildungsarbeit in den Abendveranstaltungen und Abendkursen wird jedoch nie zu entbehren sein. Die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre wächst von Jahr zu Jahr. Ihr Aufgabengebiet wird immer komplizierter und vielfältiger, ihre Verantwortung immer weitgehender. Es ist unmöglich, die Hunderttausende aller deutschen Gewerkschaftsfunktionäre durch Ferien- oder Internatskurse hindurchgehen zu lassen. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Mängel des Abendunterrichts in Kauf zu nehmen, um auch die Masse der Funktionäre mit dem geistigen Rüstzeug zu versehen, das sie brauchen, um ihre Gewerkschaftskämpfe in den Betrieben führen zu können.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit hat auf unserem letzten Verbandstag in Köln a. Rh. eine eingehende Behandlung gefunden. Ihre Notwendigkeit für unsere Mitglieder und Funktionäre ist dabei besonders betont worden. Es ist dringend zu wünschen, daß die Mitglieder eine rege Teilnahme an den Veranstaltungen der Ortsausschüsse bekunden.

Wir weisen darauf hin, daß die Berliner Gewerkschaftsschule ab 14. Oktober mit ihrem neuen Unterrichtsabschnitt beginnt. Die Berliner Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Prospekte der Schule und Hörerarten bei der Berliner Verwaltung oder im Büro des Ortsausschusses einfordern können.

Das Problem der Sozialversicherung

Forderungen des Deutschen Krankentage

Der Hauptverband Deutscher Krankentage hatte den diesjährigen Deutschen Krankentage nach Nürnberg einberufen. Rund 3000 Delegierte und Gäste füllten den Riesensaal der Festhalle im Luisenpark. Eine Riesentagung mithin, die auch in Gewerkschaftskreisen volle Beachtung finden muß. Der Hauptverband Deutscher Krankentage umfaßt von den 20 Millionen Versicherten 11 Millionen und ist somit allen anderen Spitzenverbänden weit überlegen. Die auf der Tagung gehaltenen Reden waren jede für sich ein Teilproblem der Sozialversicherung, besonders beachtenswert waren die programmatischen Forderungen, die in der Rede des geschäftsführenden Vorsitzenden Helmut Lehmann ihren Niederschlag fanden. Aber die Tagung selbst folgendes Bild:

Der Krankentage wurde vom Vorsitzenden des Hauptverbandes, Stadtrat Ahrens (Berlin), eröffnet. Rückblickend streifte der Redner die Geschichte des Hauptverbandes, der vor 33 Jahren gegründet und sich von einer losen Dachorganisation zu einem wichtigen Koordinationspunkt der Krankenversicherung entwickelte. Die Organisationsform habe sich den Verhältnissen entsprechend gewandelt, die Grundlinie ist immer dieselbe geblieben. Auf der anderen Seite haben sich die Gegner geändert. Jetzt will man die Krankenversicherung überhaupt beseitigen, und dies zu einer Zeit, wo den Kassen immer neue Aufgaben erwachsen. Anschließend daran begrüßte der Vorsitzende die 130 Gäste. Kassenvorsitzender Müller (Nürnberg) begrüßte im Namen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Nürnberg den Kongress.

Von den Ansprachen seitens der Gäste ist die Rede des Ministerialrats Dr. Griese vom Reichsarbeitsministerium bemerkenswert. Er begrüßte den Kongress im Namen des Reichsarbeitsministers und erklärte, daß die Arbeit der Sozialversicherung im Dienst an den Kranken und Verletzten, an den Alten und Invaliden besonders ehrenvoll sei. Uns mühevoller Kleinarbeit ermüdet die große Gesamtleistung einer Sozialversicherung. Diese wurzelt in dem natürlichen Recht, bei der Arbeit und bei den ungünstigen Wechseln des Lebens Mensch zu werden und Mensch zu bleiben. Die Sozialversicherung muß erleben, daß ihr nach vierzigjährigem Bestehen nachgelagt wird, sei es ein Frevler am Volk. Dr. Griese wandte sich insbesondere gegen den Unternehmerprofessor Dr. Horneffer. Schon manchmal hat sich das Volk selbst keine Ideale geschaffen und danach gelebt ohne die Führung von Hochschullehrern.

Aus der Begrüßungsrede des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Luppe, der zugleich im Namen des Deutschen Städtetages sprach, war die Gegenüberstellung der deutschen und amerikanischen Zustände von Interesse.

Auf Grund genauer Studien hat Dr. Luppe die Überzeugung gewonnen, daß vieles aus den Vereinigten Staaten nicht nachahmenswert sei, im Gegenteil mache die USA. den Versuch, die deutsche Fürsorge für alte und invalide Arbeiter zu kopieren. Die Stadtverwaltungen müssen in engere Beziehung zu der Krankenversicherung kommen, weshalb die Bildung von Zweckverbänden notwendig sei.

Als Vertreter der anwesenden Unternehmer und deren Abgesandte und im Auftrage der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und der sonstigen Spitzenverbände nahm der bekannte Dr. Erdmann das Wort. Durch die starke Vertretung der Arbeitgeber auf dieser Tagung wird ein großes Interesse an den Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Namens seiner Auftraggeber müsse er eine grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit der deutschen Sozialversicherung betonen. Die Arbeitgeber seien bereit, an der Überwindung der Gegensätze mitzuwirken.

Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Müller, betonte, daß die Gewerkschaften jeden Ausbau der Versicherungsorgane nach der Richtung starker Zusammenfassung unterstützen würden. Jedoch würden die Gewerkschaftsvertreter hier keine Redeuellen austragen, dazu seien die Delegierten und die verantwortlichen Personen des Hauptvorstandes stark genug. Die Krankenversicherung sei ein Werk der Arbeiter, und diese würden sich diese Errungenschaft niemals entziehen lassen.

Der Höhepunkt der Tagung wurde durch das großzügige Referat des Vorsitzenden Helmut Lehmann über die „Reform der Reichsversicherungsordnung“ erreicht. Gewandt und schlagfertig ging der Redner den Kritikern und Zauberlehrlingen einer neuen Heilslehre in der Sozialpolitik zu Leibe. Die Rationalisierung der Krankenversicherung fand in Lehmann einen beredten Fürsprecher. Was er von der ungeliebten Zersplitterung dieses wichtigen Zweiges der Sozialversicherung hervorbrachte, mühte auch die Einflüchtigsten zu überzeugen, wenn eben nicht in diesen Kassen und Käfigen Methode liegt. Aus der aufschlußreichen Rede heben wir folgendes hervor:

Unter Mitwirkung des Preussischen Wohlfahrtsministers entstehen immer neue Kassengebilde, die als ein Hohn bezeichnet werden müssen. Wenn je Vernunft zum Ansinn geworden ist, dann hier. Die Unternehmer, diese Meister der Zusammenballung und Rationalisierung, betrachten die heutige ungeliebte Zersplitterung auf dem Gebiete der Krankenfürsorge als ein Kräftelein Rühmichthum. Redner fand lebhaft Zustimmung, als er dies Verhalten mit treffenden Redewendungen kennzeichnete. Die großen Ortskrankenkassen sind in ihrer Verwaltung am billigsten. Dennoch bringen sie Leitungen zustande, die Zueggelbilde niemals leisten können. Auch die Ärzteschaft wendet sich gegen eine zweckmäßige Reform der Krankenversicherung. Dabei hat diese in einer schwierigen Übergangszeit sich nicht nur konsolidiert, sondern auch Leistungen vollbracht, die einzig dastehen. Ausgerechnet beim Sozialetat soll abgebaut werden. Die Erledigung der Reparations-schwierigkeiten muß Anlaß zum weiteren Ausbau der Sozialversicherung geben. Nach wie vor muß der Wille der Versicherten entscheidend sein. Die Zeit drängt zur Bildung von großen Kasserverbänden und zu starken Leistungsträgern. Seitens der Betriebskrankenkassen des Betriebskrankentageverbandes sieht man in der Selbstbestimmung der Versicherten eine Gefahr.

Diese Herren scheinen ihrer Sache nicht sicher zu sein. Die Unsicherheit, auf der die Ortskrankenkassen heute stehen, ist zu einer großen Gefahr geworden. Es ist bezeichnend, daß Beschlüsse des Reichstages lediglich auf dem Papier bleiben. Der Referent machte dann eingehende Vorschläge, wie die Rationalisierung der Krankenversicherung durchgeführt werden kann. Die Gegner derselben machen mit den sogenannten M a m u t k a s s e n g r a u l i c h. Kassen von 40 000 Mitgliedern sollen das höchste sein. Dabei gibt es in Deutschland Unternehmungen, die mehr als 200 000 Arbeitnehmer beschäftigen. Wo bleibt da der Ruf nach Begrenzung auf eine Höchstzahl? Die Verwaltung großer Kassen ist nachgewiesenermaßen billiger als die der kleinen. Von einer gedächlichen Mitarbeit der Unternehmervertreter ist noch nichts zu merken gewesen. Bei allen Vorschlägen hört man immer nur das „Nein“. Das arbeitende Volk hat ein Recht auf Gesundheit und Lebensfreude.

Nach dieser rhetorisch wie inhaltlich hervorragenden Rede hörte sich die Aussprache wie ein schwungloses Gespräch an. Einen Unternehmersyndikus, der seine Diskussionsrede fertig ausgearbeitet hatte, fertigte Lehmann im Schlusswort treffend ab.

Die Vorschläge zur Reform der Reichsversicherungsordnung wurden in der vorgeschlagenen Fassung mit großer Mehrheit angenommen. Sie machen die Bahn frei zur Durchführung einer grundsätzlichen Reform der Krankenversicherung. Sie enthalten Vorschläge über die Organisation der Krankenversicherung, über den Umfang und die Leistungen derselben. Es dürfte kaum zu verstehen sein, daß diese auf Grund genauer Beobachtungen und durch jahrzehntelange Erfahrung zum Niederschlag gekommenen Leitlinien nicht zur Grundlage eines großen geschehenden Wertes werden könnten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben jedenfalls alles zu tun, damit auch in der Krankenversicherung stärkste Zusammenfassung und Rationalisierung zur Tatsache werden.

So wichtig die übrigen Verhandlungspunkte im einzelnen auch sind, so können wir doch nur zusammenfassend darüber berichten. Den Geschäftsbereich des Hauptverbandes gab der Geschäftsführer Bohlmann. Seine Rede war eine vorzügliche Ergänzung des von Lehmann vorgetragenen Materials. In Einzelbildern konnte Bohlmann aus dem Kampfe für die Reform der Sozialversicherung durchschlagende Argumente vorbringen. Er verlangte unter anderem die Heraushebung der Verdienstgrenze, Erweiterung des Personenkreises, Jahrspreismäßigung für Krankentagemitglieder usw. Bohlmann konnte von einer günstigen Entwicklung der Verlagsgesellschaft und der übrigen Organe des Hauptverbandes berichten. — In seinem Vortrage über „Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Rahmen der Richtlinien über Gesundheitsfürsorge“ erläuterte Geschäftsführer Olaf die Bildung einer Reichsarbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsträger. — Einen sehr interessanten Vortrag hörte der Kongress über „Die Schwangerenfürsorge“ von Frau Dr. Wolffhals. Über „Sexualberatung und Krankenversicherung“ berichtete Chefarzt Dr. Bendig. — Am Schlusse der Tagung wurde über Satzungsänderungen beraten, Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Dem 33. Deutschen Krankentage kommt angefaßt der Reform der Reichsversicherungsordnung eine besondere Bedeutung zu. Die Vorschläge dieses großen Parlaments sind wichtige Unterlagen für die Gesetzgebung. Es liegt an den Organen der Arbeiterbewegung, diese zu unterstützen und zum Siege zu verhelfen. Den Gewerkschaften kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn letzten Endes sind sie es, die mit der Sozialversicherung auf das engste verwachsen sind.

Der Versicherungsfrack

Ein Beispiel kapitalistischer Wirtschaftsführung

Der zweitgrößte Versicherungskongress Deutschlands, die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.G., ist im 65. Jahre ihres Bestehens zusammengebrochen. Das ist der größte Frack seit dem Zusammenbruch des Stinnes-Kongress. Die Ursache dieses Falles liegt weniger im Versicherungsgeschäft, sondern in den Nebengeschäften, die mit der eigentlichen Aufgabe der Gesellschaft nichts zu tun hatten. Es wurden Finanzgesellschaften errichtet bzw. erworben und Engagements in der Absatzfinanzierung durch spezielle Gesellschaften eingegangen. Dies konnte geschehen, ohne daß der aus 16 Personen bestehende Aufsichtsrat, in welchem zehn maßgebende Banken vertreten waren, davon etwas merzten oder das Reichsversicherungsamt gegen etwaartige Geschäfte Einspruch erhob. Die Institution des Aufsichtsrats als Kontrollinstanz wird dadurch eine eigentümliche Illustration. Es hat dadurch bewiesen, daß die Direktion eines Unternehmens tun und lassen kann, was sie will, wenn sie das blinde Vertrauen der Aufsichtsinstitution genießt. In einem eigentümlichen Lichte erscheint das Reichsaufsichtsamt. Dies erklärt, erst durch die Pressemeldungen Kenntnis von den Schwierigkeiten bei der obigen Versicherungsgesellschaft erhalten zu haben. Es dürfte an der Zeit sein, die Tätigkeit dieser Behörde einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen und die verantwortlichen Personen ohne Pension zum Teufel zu jagen. Das Ganze ist eine treffende Kennzeichnung privater kapitalistischer Wirtschaftsführung. Recht treffend urteilt die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Nr. 627 über diesen Fall folgendermaßen:

„Hier hat sich das Empörnde begeben, daß selbst die sehr hohen Einkommen, die die Privatwirtschaft ihren Gliedern gewährt (soweit sie nämlich auf der Sonnenseite wandeln und nicht in der anonymen Millionenmasse der anonymen Angestellten stecken bleiben), den Empfängern noch nicht hoch genug erschienen. So haben sie großmännlich die Geschäfte gegen die Regel und zum Teil gegen das Gesetz immer weiter ausgedehnt, erst leichtfertig, dann offenbar mehr fraudulös (betrügerisch) und mit entprechenden Täuschungsmanövern, die das verschleierte. Verluste von Millionen auf Kosten der Aktionäre, deren Geld ihnen anvertraut war, sind die Folgen, während sie selbst sich nicht nur die Finger, sondern die ganzen Arme dabei vergolbeten. Der Aufsichtsrat aber — zehn Banken waren in ihm vertreten! — hat nichts gemerkt, hat alles gesehen lassen. Das Resultat ist: ein großes Unternehmen wurde ruiniert; Vertrauensvolle, die ihm ihre Ersparnisse hingaben, sind schwer geschädigt; geschädigt oder zum Schaden bedroht sind die Gläubiger, unter denen sich in großem Umfange auch gerade ausländische, vor allem Schweizer Banken, befinden; und geschädigt ist damit das Ansehen der deutschen Wirtschaftsführung, ist der deutsche Kredit draußen und daheim.“

Man stelle sich einmal vor, welchen Sturm der Entzweiung es entfacht hätte, wenn eine solche Uderwirtschaft bei der „Volkswirtschaft“ oder einem Unternehmen der Konsumgenossenschaft eingetreten wäre. Die ganze Meute der kapitalistischen Presseergüsse würde aufschreien. Aber so sucht man alles zu bemänteln und die Personen, die sich dabei nicht nur „die Finger, sondern auch die ganzen Arme vergolbeten“, laufen nach wie vor frei herum.

Das Schmelz vom Profit

Auf der Jahrestagung des Bergbauischen Vereins haben sich die Bergbauindustriellen von einem Professor einen Vortrag halten lassen, durch den nachgewiesen werden sollte, daß die Wirtschaft drunter und drüber geht, wenn in ihr die Profitgier keine Rolle mehr spielt. Der Vortrag scheint den Herren gefallen zu haben, denn vor Freude sind sie nachdem schier aus dem Häuschen geraten. Die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ berichtete recht ausführlich darüber und schließt den Bericht mit folgenden Worten:

„Und dann zog sich wie ein roter Faden durch die Referate das Bekenntnis: Wir erfüllen unsere Pflicht nicht damit, daß wir produzieren. Wir haben für Werterhaltung der uns anvertrauten Güter zu sorgen, für gewinnbringenden Absatz, für eine angemessene Kapitalrente. Diese Lehre war in deutschen Landen allzusehr in Vergessenheit geraten. Weil Geldverdien und Kapitalrente von weiten Kreisen wie etwas Sündhaftes hingestellt wurden und werden, unterbrückte man in allen deutschen Wirtschaftskreisen diese Postulate. Nun lang man hier in Eisen laut das unbetanet gewordene Lied. Man wird aufmerksamer im Lande, und wir werden es hören, daß das Thema von anderen Wirtschaftskreisen aufgenommen wird.“

Aus der Art, wie auch andere großbürgerliche Mütter über den Vortrag berichteten, haben wir die Auffassung gewonnen, daß in nächster Zeit in der Öffentlichkeit eine planmäßig vorbereitete Propaganda vorgenommen werden soll zu dem Zwecke, den Unternehmerprofit wieder „flüßig“ zu machen. Man kann das verstehen. Es ist auf die Dauer tiefliegend ungesund, die Gewinne „verschleiern“ zu müssen und in ständiger Sorge zu leben, daß die Mehrwertzeuger es eines Tages leid werden, für Hungerlöhne zu arbeiten, während die Couponschneider am Lido oder in Cannes ihre überflüssigen Millionen verpulvern.

Aus den Zahlstellen

Breslau. Am Dienstag, dem 20. August, hielt die Zahlstelle Breslau im „Gewerkschaftshaus“, ihre ordentliche Generalversammlung ab. — Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegin Agnes Köhler in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende, Kollege Reimann, gab in kurzen Zügen den Tätigkeitsbericht für das erste Halbjahr. Es war der Organisationsleistung möglich, in den größeren Zeitungsbetrieben die überhunden, welche durch das Einsetzen der Zeitungen geleistet werden mussten, einzuändern. Arbeitslose Kollegen wurden für diese Arbeit durch uns vermittelt. Außerdem berichtete er über die in der letzten Zeit erfolgten Entlassungen in einer der ältesten Großbuchdruckereien. An Hand von Beispielen wurde erläutert, daß auch die in Frage kommenden Organisationen bestrebt sind, an der weiteren Aufrechterhaltung des Betriebes mitzuwirken. Die Kassiererin gab den Kassenbericht für das verfloßene Halbjahr, die Richtigkeit wurde durch den Obmann der Revisoren bestätigt. Kollege Maliski berichtete über den am 20. und 21. Juli abgehaltenen Gantag des Gaus Schlesien. Er erläuterte dann noch die wichtigsten Details aus dem vorjährigen Feiertag des Kollegen Bucher und gab somit den Anwesenden ein klares Bild, aus welchem Grunde und zu welchem Zweck Gantage abgehalten werden müssen. Nach einigen aufklärenden Worten unseres Leiters hielt Kollege Reimann einen Feiertag über die geplante Verschlechterung, welche das Arbeitslosenversicherungsgesetz erhalten soll. In der Aussprache über diesen Punkt beteiligten sich die Kollegen Döring und Kraut, und es war aus deren Worten zu entnehmen, daß zum großen Teil die deutsche Arbeiterschaft die Schuld daran trägt, wenn immer wieder die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft durch unsere Widersacher verschlechtert werden. Unter Punkt „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende die Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß die Beiträge genau nach dem Statut entrichtet werden müssen, und bemerkte besonders, daß der § 4 Absatz 5 unserer Satzungen auf alle Fälle in Anwendung kommen muß. Es geht nicht an, daß die Mitglieder sich ihre Beiträge selbst festsetzen. Im Anschluß daran bemerkte er noch einiges über die ins Leben gerufene Sterbewohlfahrt und erklärte durch verschiedene Beispiele, daß Angehörige von Verstorbenen sich an uns wenden, um einen Zuschuß zu bekommen, aber leider abgewiesen werden müssen, weil der Verstorbene dieser Kasse nicht angehört oder vergessen hatte, die Beiträge zu entrichten! Wir erwarten, daß der Anschluß aller Kolleginnen und Kollegen erfolgt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die sehr angeregte und gut besuchte Versammlung.

Hannover. Mitgliederversammlung am 30. Juli 1929. Zu Beginn der Versammlung teilte Kollege Spartz mit, daß die Kollegen Hillerich und Wintler durch den Tod aus unseren Reihen geschieden sind. Die Anwesenden ehrten die Verstorbenen durch Erheben von ihren Plätzen. Im weiteren wurde auf die am 4. August stattfindende Antikriegsfeier „Rumbegabung“ auf dem Klagenmarkt aufmerksam gemacht. Kollege Spartz hat die Mitglieder, sich recht zahlreich zu beteiligen. Zur Wahl des Ortskassierers gab der Kollege Spartz einen kurzen Überblick über die Wahlhandlung und teilte als Ergebnis die Wahl des Kollegen Busse mit. In der darauffolgenden Aussprache beteiligten sich die Kollegen Palonewitz, Wichowski, Koch und Warnke. Die drei letzteren griffen das System der Wahlhandlung an, worauf Kollege Spartz empfahl, eine Änderung dieses Systems durch Antrag dem Verbandstag zu übermitteln. Zum Kassenbericht gab Kollege Spartz folgenden Bericht: Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse 9335,80 M. Einnahme der Ortskasse 13342,07 M., Ausgabe 1956,70 M. Kassenbestand am 1. Juli 1929 11385,37 M. Einnahme der Invalidentasse 1320,10 M., Ausgabe 228 M. Überschuß 1992,10 M. Mitgliederbestand am Ende des Quartals 1030 männliche, 655 weibliche, zusammen 985 Mitglieder. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung gab der Redner einen Bericht über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Kollege Spartz wies darauf hin, daß die Rechtsparteien versuchen, eine wesentliche Verschlechterung zugunsten der Arbeiterschaft durchzuführen. Folgende Entschließung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die am 31. Juli tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Hannover, erhebt schärfsten Protest gegen die Veruche des Unternehmens, die Sozialgesetze, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, zu verschlechtern und zum Schaden der Arbeiterschaft abzubauen. Die Arbeitslosen sind doch nur die Opfer der heutigen Wirtschaftsordnung. Kein Abbau, sondern ein Aufbau muß erfolgen. Die verarmten Mitglieder sind mit ihren Arbeitskollegen und -kolleginnen entschlossen, jeden Angriff auf das Arbeitslosenversicherungsgesetz mit allen ihnen zu Gebote stehenden Nachmitteln abzuwehren.“ Zum Schluß gab Kollege Busse ein kurzes Referat über die Ausgabe eines Gewerkschaftsangeestellten.

Schweidnitz. Am 1. September beging unser Mitkollege Albert Abend (Schweidnitz) seinen 75. Geburtstag. Kollege Abend war Mitbegründer der Zahlstelle Breslau (1895), desgleichen nahm er auch an der Gründung des Verbandes (Berlin 1908) teil. Als langjähriger ehrenamtlicher Vorsitzender der Zahlstelle Breslau erhielt er 1908 die Anstellung als Gauleiter des Gaus Schlesien. 1911 wurde der Jubilar vom Verbandsvorstand in den Gauvorstand nach Leipzig als weiter Vorsitzender berufen. In dieser Tätigkeit verblieb Kollege Abend bis 1917, zu welcher Zeit ihn der Verbandsvorstand in den wohlverdienten Ruhestand versetzen ließ. Kollege Abend ist trotz seines hohen Alters noch geistig und körperlich rüstig und nimmt an der Entwicklung unserer jungen Zahlstelle den regsten Anteil. Wir wünschen dem Jubilar noch viele Jahre lebensfrohe Stunden zum Wohle seiner Familie und zum Aufblühen unserer Zahlstelle.

Rundschau

Künstler und Arbeiterschaft. Gleich der Arbeiterschaft haben auch die Künstler unserer Zeit erkannt, daß sie sich nur durch festen Zusammenhalt aus der Abhängigkeit vom Kapital befreien können, und sind dazu übergegangen, sich in dem Verein „Künstler-Selbsthilfe“ eine Organisation zu schaffen, die im engeren Kontakt mit der Arbeiterschaft dieses Ziel erreichen will. Sie wenden sich mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem es heißt, daß die Kunst der Vergangenheit eine Angelegenheit für die wenigen Reichen war, die über Macht, Reichtum und Geld verfügten, daß aber die Kunst der Gegenwart in enger Verbindung mit der Ar-

beiterschaft mehr bestimmende Kraft auf das Lebensgetriebe gewinnen, und daß Künstlerkraft und Arbeiterschaft eine Einheit: das schaffende Volk sein müßte. Sie fordern die Mitglieder der in dem VOBG. vereinigten Verbände auf, dem Verein „Künstler-Selbsthilfe“ beizutreten und bieten für einen Monatsbeitrag von 60 Pf. folgende Gegenleistungen: 1. Eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Kunst der Zeit“, 24 Seiten stark, Kunstbruderpapier, mit zahlreichen wirtlich repräsentativen Abbildungen und entsprechendem Text. Die erste Nummer erscheint am 1. Oktober. 2. Eine Jahresgabe in Form einer handsignierten Original-Graphik von den bedeutendsten Künstlern Deutschlands. 3. Freier Zutritt zu den modernen Kunstausstellungen, die ständig in den Gewerkschaftshäusern veranstaltet werden. 4. Freier Zutritt zu besonderen Kunstausstellungen, bei denen die Künstler selbst über ihre Kunst und über die allgemeinen Kunstprobleme sprechen werden. Dem Vorstand gehören die bekannten Künstler F. J. Ottens, Max Beckstein, Rudolf Belling, Ernst Heckenheim, Rudolf Jacobi, Ernst Trisch, Michel Fingelsen, Wlth. Wagner und Willi Ineelt an; Beitritts-erklärungen sind an die „Künstler-Selbsthilfe“, Berlin-Tropfau, zu richten.

Siegezug des Tarifvertrages in Deutschland. Aber den Stand der Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1928 veröffentlicht das Statistische Reichsamts einige interessante Angaben. Danach standen zu Beginn des Jahres 1928 insgesamt 8178 Tarifverträge in Geltung, die zusammen 912.006 Betriebe und 12.267.140 Beschäftigte umfaßten. Gegenüber der Vorjahreszeit, wo nur 1,5 Millionen tariflich arbeiteten, beträgt die Zunahme das Achtfache, gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme von 888 Tarifverträgen oder 9,2 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der beteiligten Betriebe stieg um 101.706 oder 13 Prozent und die Zahl der beteiligten Arbeitnehmer um 1.297.320 oder 11,8 Prozent. Die Zahlen haben sich damit dem hohen Stand der Jahre 1921 bis 1924 wieder nähert. Die Tarifbewegung erreichte im Jahre 1927 nahezu die doppelte Intensität wie im Vorjahre. Tretend man Angestellte und Arbeiter, so stößt einer starken Zunahme der tarifbeteiligten Arbeiter um rund 1,3 Millionen oder 14,1 Prozent auf der Seite der Angestellten eine — allerdings nur geringe — Abnahme von 12.144 oder 0,7 Prozent gegenüber. Die Zahlen für die weiblichen Arbeiter zeigen eine etwas günstigere Entwicklung als für die männlichen Arbeiter.

Wirtschaftspolitische Studienreise Berlin vom 6. bis 16. Oktober 1929. Berlin als wirtschaftlichem und sozialen Querschnitt und Berlin als Siedlungsgebiet, als größte menschliche Zusammenballung auf dem europäischen Festland zu veranschaulichen, das ist der Zweck der Studienreise, die der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit in der zweiten Oktoberwoche (6. bis 16. Oktober) veranstaltet. Nach der mit gutem Erfolg durchgeführten Juni-Reise ins Ruhrgebiet soll nunmehr das größte Wirtschaftszentrum des Reiches in Augenschein genommen werden. Die Reichshauptstadt soll im wesentlichen von drei Gesichtspunkten aus erschaut werden: als Industriestandort, als Handels- und Verkehrszentrum und schließlich vom Standpunkt der Kommunalwirtschaft. Die Reise ist als eine Arbeitsgemeinschaft gedacht; den Teilnehmern soll Gelegenheit gegeben werden, das Gesehene, Gehörte und Erlebte in gemeinschaftlichen Aussprachen, die durch Vorträge eingeleitet werden, zu vertiefen. Besondere Bedeutung erlangt diese Studienreise angeht die am 17. November 1929 in ganz Preußen angelegene Kommunalwahl. Jeder sozialistische Kommunalpolitiker und Parteimitglied, jeder bewachte Sozialist wird hier Gelegenheit haben, einmal aus eigener Erfahrung die gemaltigen Leistungen der Berliner Stadtverwaltung, an denen die Sozialdemokratie hervorragend beteiligt ist, kennenzulernen. Das Reiseprogramm muß notwendigerweise aus Rücksicht auf Zeit auf das Wesentlichste beschränkt werden. So wird die Berliner Kommunalwirtschaft vor allem vom Standpunkte des Wirtschaftspolitikers studiert werden. Hier soll vor allem das große Verkehrsproblem der Weltstadt beleuchtet sowie die übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt befragt werden. Auch die städtischen Siedlungen und Güter werden befragt. An einzelnen Besichtigungen sind unter anderem vorgehoben: Großkraftwerk Klingenberg, Konjunktionsgesellschafts Warenhaus, das neue Warenhaus Karstadt, AEG, Borsig, ein Automobilbetrieb, das neue Riesenluftschiff am Flughafen, eine Motorbootrennfahrt durch den Westhafen, Flugplatz Tempelhof (bei gutem Wetter Rundflug über Berlin), daneben die zentralen Einrichtungen der Arbeiterbewegung. Die Leitung der Studienreise hat Dr. Bienshoff übernommen. Ausführliche Prospekte und Teilnahmebedingungen sind beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, I, Hof 11, zu haben.

Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Reichsmessung für Lebenshaltungskosten ist im Monat Juli um 0,7 Proz. auf 154,4 Proz. gestiegen. Dies ist fast ausschließlich auf die Entwicklung der Ernährungsausgaben zurückzuführen. Namentlich haben die Preise für Fleisch und Fleischwaren, Eier, Milch und Mäherzeugnisse angezogen. In der Reichsziffer spielen auch die gestiegenen Preise für Brot und Weiz eine Rolle. Die Veränderung gegenüber dem Vormonat beträgt hier 0,9 Proz.

	Gesamte Lebenshaltungskosten	Ernährung	Wohnung	Umsatz	Sonstige Kosten (einst. Verkeh)
1913 14 = 100					
April 1929	153,6	154	173	131	192
Mai 1929	153,5	151	173	149	192
Juni 1929	153,4	154	172	149	192
Juli 1929	154,4	156	172	149	192

Die Gemeinpreise sind demgegenüber erheblich gesunken. Bei den übrigen Bedarfsgruppen ist zu erwähnen, daß die Schuhpreise etwas gesunken sind. Die Kosten für Hausbrandkohle erfahren eine Steigerung.

Eperanto-Kongress (EAT). Zu dem Anfang August im Leipziger „Volkshaus“ stattgefundenen Neunten Internationalen Arbeiter-Eperantokongress waren 662 aktive Teilnehmer aus 22 Ländern erschienen, darunter aus Kanada, Afrika, China usw. Zu dem Begrüßungsabend waren Vertreter der Behörden und aller wesentlichen Arbeiterorganisationen gekommen, die Kongreßteilnehmer zu begrüßen, wobei sie teils ihr Bedauern ausdrückten, nicht in der Einzelsprache Eperanto reden zu können. Die eperantistischen Vertreter der verschiedenen Länder erwiderten ihre Grüße. Alle Reden wurden sofort übersetzt. Der eigentliche Kongress wurde ohne Ausnahme in Eperanto geführt. Neben sechs Vollzugsgruppen fanden Unterkonferenzen statt leitens der Erzieher, Staats- und Gemeindearbeiter, Graphiker, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Ernährungsarbeiter,

Bekleidungsarbeiter, Verkehrsarbeiter, Jugend, Frauen, Präsidenten, Sportler, Radioamateure, Arbeiterphotographen, Abstinente, Vegetarier und der politischen Arbeiterparteien. Alle gestellten Anträge wurden reichungslos erledigt infolge guter Arbeit der Beratungskommisionen. Schatz wurde die Diskussion durch Angriffe auf die Organisationsleitung. Doch beiderseitige Einigkeit ermöglichte die einstimmige Annahme einer diesbezüglichen Resolution, die für die Zukunft klar die Grenzen der Betätigung der Organisationsorgane anzeigt, wonach diese Organisation dem Klassenkampf dient durch internationale, aufklärende, kulturelle Erziehung vermittels Eperanto. Eine neue Note gab dem Kongress „Die proletarische Hochschule“ mit Vorträgen über: „Meine Reisen durch Europa und Afrika vermittels Eperanto“ (Fech, Biffen), „Moderne soziologische Sprachwissenschaft und Eperanto“ (Drezen, Moskau), „Sport im Dienste des Proletariats“ (Koppisch, Leipzig). Einen würdigen Abschluß dieses arbeitsreichen Kongresses bildete ein „Abschiedsabend“ mit der eingeladenen Leipziger Arbeiterschaft, wofür zu aller Überzahl ein Film vom Verlauf der Kongressarbeit gezeigt wurde. Zu erwähnen ist, daß Sport- und Kulturvereine, besonders das Leipziger Arbeiterbildungsinstitut hervorragend dazu beitrugen, „Begrüßungs-“ und „Abschiedsabend“ zu verschönern; auch die Gastfreundschaft der Leipziger Arbeiterschaft war rühmlich. Nach der Leipziger Tagung bildeten sich verschiedene Karawanen zu Fahrten nach dem Erzebeirge, Mitteldeutschland, Sächsische Schweiz, Thüringen, Berlin. So schloß diese Veranstaltung, getragen vom wirtlichen Geiste internationaler Solidarität.

Zahlstelle Leipzig Herbstvergnügen

Sonnabend, den 21. September 1929, im „Palmengarten“. Parkkonzert bei günstiger Witterung ab 16 Uhr. Besichtigung des berühmten Palmenhauses und der Dahlsenfelder unter fachmännischer Führung 17.30 Uhr. Saalöffnung 18.30 Uhr. Beginn 19 Uhr.

Mitwirkende: Arbeitertheaterbund, Arbeiterturn- und Sportverein „Vorwärts“ Leipzig-Süd, Original Kewals, Leipziger Tonkünstlerorchester (Günther-Roblenz).
Programm, das zur Besichtigung der gesamten Parkanlagen ab 16 Uhr berechtigt, 30 Pf. einschließlich Kartensteuer. Einen genuehrreichen, wertvollen Abend verspricht der Kollegenschaft **Der Bildungsausschuß. Der Gauvorstand!**
Die Preise für Getränke sind mit der Geschäftsleitung besonders vereinbart worden.

VERBAND DER GRAPHISCHEN HILFSARBEITER UND ARBEITERINNEN DEUTSCHLANDS ZAHLSTELLE DRESDEN

Die Dresdner Kollegenschaft beacht am Tage ihres **30jährigen Zahlstellenjubiläums** 8. September 1929, vormittags 10^{1/2} Uhr, die **MORGENFEIER** in der „Komödie“, Reitbahnstr. 37 am Hauptbahnhof

FESTSPIEL: GÜTENBERGS KUNST IN TRAUM UND WIRKLICHKEIT

von Georg Beyer / Begrüßungsansprache: Kollege Herrmann / Festrede: Kollege Pucher, Verbandsvorsitzender / Musik: Dresdner Kammerorchester, Leitung: Prof. J. G. Mraczek / Gesang: Dresdner Buddruckergesangverein, Leitung: Theobald Werner. Die Darsteller des Festspiels sind erste und bekannte Künstler der „Dresdner Komödie“ unter Leitung des Herrn Direktor Fiedler — Einlaß ab 10 Uhr.

ABENDS GROSSE 7 UHR ABENDFEIER · JUBILAREHRUNG

im Volkswohlsaal, Trabantengasse
Hier dirigiert Musikdirektor Fäuser sein vorzügliches Konzertorchester. Im Festprogramm wirken weiter mit „Dresdner Buddruckergesangverein“, der Sprechchor der „Freien Gewerkschaftsjugend“
Anschließend **FESTBALL** Einlaß ab 6 Uhr

Aus Anlaß dieser Jubiläumfeier erscheint eine künstlerisch ausgestattete Festschrift. Diese enthält auch die Vortragsnotizen für die Morgen- und Abendfeier. Der Preis beträgt 1,50 M. und berechtigt zum freien Eintritt zu beiden Veranstaltungen. Festschriften sind erhältlich durch die Vertrauenspersonen und im Verbandsbureau. Zu diesen Feiern sind auch die Kolleginnen und Kollegen unserer Bruderorganisationen herzlich willkommen. Rechtzeitiges Erscheinen ist notwendig.

Unserer lieben Kollegin Frieda Lehmann und ihrem Bräutigam, Herrn Erich Hüner, zu ihrer Vermählung am 7. September die herzlichsten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Zahlstelle Gerau (N. L.).

Für die Woche vom 1. bis 7. September ist die Beitragsmarke in das 36. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: S. Schulze, Charlottenburg, Neerfeldstraße 16, Fernruf: Amt Schöne 1288. — Verlag: S. Vobald, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckverlag „Umba“, Berlin-SW 61, Treibbühlstraße 5.